

AfD-Gedenkveranstaltung: Terroranschlag schürt Migrantendebatte in Magdeburg

Die AfD veranstaltet in Magdeburg eine Gedenkveranstaltung für die Opfer des tödlichen Weihnachtsmarkt-Angriffs und schürt die Debatte über Migration und Sicherheit.

Magdeburg, Deutschland -

Die AfD nutzt den schockierenden Vorfall, um ihre politischen Ziele voranzutreiben.

In Magdeburg, der Stadt, die von einem schrecklichen Autoanschlag erschüttert wurde, versammelten sich Hunderte von Anhängern der rechtsextremen Alternative für Deutschland (AfD) zu einer umstrittenen „Gedenk“-Rallye. Der Vorfall, der am Freitag fünf Menschen das Leben kostete und über 200 weitere verletzte, hat die Debatte über Migration und Sicherheit in Deutschland neu entfacht.

Die Veranstaltung fand am Montag vor einer Kathedrale statt, nur wenige Tage nach dem verheerenden Angriff. Jan Wenzel Schmidt, der AfD-Vorsitzende in Sachsen-Anhalt, sprach von einem „monströsen politischen Versagen“, das zu diesem Terrorakt geführt habe. „Der Terror ist in unserer Stadt angekommen“, rief er den versammelten Menschen zu und forderte: „Wir müssen die Grenzen schließen!“

Politische Ausnutzung eines Trauermoments

Die Co-Vorsitzende der AfD, Alice Weidel, bezeichnete den Anschlag als „Akt eines Islamisten, der voller Hass auf das ist, was menschliche Gemeinschaft ausmacht“. Ihre Worte wurden von den Rufen der Menge begleitet: „Abschieben, abschieben, abschieben!“ Weidel forderte „Veränderungen, damit wir endlich wieder in Sicherheit leben können“.

Der Verdächtige, Taleb al-Abdulmohsen, steht im Verdacht, Mord und versuchten Mord begangen zu haben. Berichten zufolge lebt er seit 2006 in Deutschland und hat in der Vergangenheit anti-migrantische und anti-islamische Beiträge in sozialen Medien veröffentlicht. Trotz seiner extremen Ansichten bezeichnete Weidel ihn als „Islamisten“, um die anti-migrantische Agenda der AfD zu unterstützen.

Ein Angriff, der Wellen schlägt

Der Anschlag hat die politische Landschaft in Deutschland erschüttert und die Diskussion über die Migrationspolitik vor den bevorstehenden Wahlen im Februar angeheizt. Innenministerin Nancy Faeser versprach, dass „kein Stein auf dem anderen bleiben wird“, um herauszufinden, welche Informationen über den 50-jährigen Verdächtigen vorlagen. Berichten zufolge litt er in der Vergangenheit an psychischen Erkrankungen.

Gleichzeitig versammelte sich eine anti-extremistische Initiative mit dem Namen „Hass keine Chance“ in Magdeburg. Sie äußerten sich entsetzt über den Versuch, diesen grausamen Vorfall für politische Zwecke auszunutzen. „Wir sind alle schockiert und wütend, dass Menschen dieses grausame Verbrechen für ihre eigenen politischen Ziele instrumentalisieren wollen“, erklärte die Initiative in einer Stellungnahme.

Details	
Vorfall	Terrorismus

Details	
Ort	Magdeburg, Deutschland
Verletzte	200
Festnahmen	1

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at